

KW 18

Das Lieblingsprojekt von **Kai Wegner** ist die Verwaltungsreform. Die Staatsaufgaben wurden *systematisch erfasst und strukturiert*, heißt es auf der offiziellen Seite des Senats. Auch wenn es inzwischen schneller geht, einen Bürgeramtstermin zu bekommen, so scheint diese Reform noch nicht so richtig bei den Hauptstädtern angekommen zu sein. Eine Reform, die der Verwaltung hilft, ist sinnvoll. Wenn allerdings die Bürger keinen direkten Nutzen davon haben und die Wohltaten vielleicht gar nicht mitbekommen, zahlen sich die Bemühungen des Senats bei den ihn tragenden Parteien nicht ein.

Die jüngste Umfrage von **Infratest dimap**, deren ermittelte Werte die Wirklichkeit am Wahlabend immer ziemlich genau treffen, zeigt ein verheerendes Bild von CDU und SPD. Zur Wahl 2023 verliert die CDU 9,2 (28,2/19) und die SPD 4,4 (18,4/14) Prozent. Die Grünen haben ihr Ergebnis von 2023 gehalten (18,4/18), die Linke hat zugelegt (12,2/18), und die AfD ist mal wieder Umfragesieger (9,1/18).

„Der Aufgabenkatalog ist ein bundesweit einmaliges Instrument zur Steuerung der Verwaltung“, erklärte **Kai Wegner**. Was soll der geneigte Bürger und Wähler damit anfangen, wenn der Senat mitteilt, dass *in den vergangenen Monaten die Aufgaben im Land Berlin systematisch erfasst und strukturiert und zunächst 4.500 Aufgaben identifiziert worden sind, für die oft mehrere Behörden zuständig gewesen seien. Nach Abbau dieser Doppel- oder Mehrfachzuständigkeiten seien knapp 2.200 Aufgaben übriggeblieben, weggefallen sei keine einzige. Die genaue Zuordnung der Aufgaben zu bestimmten Behörden ist aber noch offen und soll zu einem späteren Zeitpunkt geklärt werden.* Keine Aufgabe soll überflüssig sein? Und wann ist der spätere Zeitpunkt? Nach der Wahl?

„Wir wollen Ordnung schaffen in der Berliner Verwaltung.“, sagt **Kai Wegner**. „Behörden sollen so schneller arbeiten und sich stärker an den Bedürfnissen der Bürgerinnen und Bürger orientieren.“ Basta!

Ein Beispiel

Beleuchten wir ein kleines Beispiel, in dem es um ein Bedürfnis der Berliner geht. Es ist egal, ob man es gut findet oder nicht, dass sich immer mehr Menschen ihre Waren nach Hause liefern lassen. Es ist so. Und da die werktätige Bevölkerung nicht den ganzen Tag zu Hause rumsitzt und nicht jeder im Home-Office arbeitet, landen viele Päckchen in den beliebten Packstationen, vornehmlich von **DHL** und

Amazon. Lassen wir einmal unberücksichtigt, ob jeder Standort genehmigt ist, von der **DHL** wissen wir es zuverlässig. Der Verkehr auf den Straßen ist überlastet, weil immer mehr Baustellen den Verkehrsfluss ausbremsen.



Foto: Ed Koch

Die B96, zum Beispiel, ist eine vielbefahrene Straße nach und von Brandenburg. In einem Abschnitt am Mariendorfer Damm von rund 350 Metern verlegen, was sicherlich dringend geboten ist, die Wasserwerke neue Rohre. Dadurch wird eine Fahrbahnseite bis Oktober komplett gesperrt und auf die andere verlegt, wo sich der Verkehr in beiden Richtungen nun einspurig durchquält, einschließlich Busse, Handwerker und Lieferfahrzeuge.

Apropos Verkehrsfluss. Berlin ist durchzogen von Flüssen und Kanälen. Und links und rechts davon wohnen viele Menschen, die sich auch Päckchen liefern lassen möchten und sich freuen, wenn sie diese fußläufig in einer der Stationen abholen können, wann immer sie es ihnen passt.



Foto: DHL Group / Jens Schlüter

2022 startete die DHL ein Pilotprojekt auf Berlins Wasserstraßen. Wir berichten seitdem immer wieder darüber. Das Besondere: Die Paketzustellung erfolgt auf Booten der **Solarwaterworld AG**, und wie der Name vermuten lässt, sind diese solarbetrieben.

Wir haben in dieser Woche über die Jungfernfahrt des zweiten Bootes ausführlich berichtet, möchten aber auf das Thema noch einmal im Wochenrückblick in Bezug auf das kontraproduktive Verhältnis zwischen Senat und Bezirken schauen.



Foto: DHL Group / Jens Schlüter

2022 haben die Senatsverwaltung für Mobilität, Verkehr, Klimaschutz und Umwelt, seinerzeit vertreten durch Senatorin **Manja Schreiner**, heute Hauptgeschäftsführerin der IHK, und die DHL Group Deutsche Post AG, NL Betrieb Berlin Paket, vertreten durch den Standortleiter **Sven Goerke**, eine Kooperationsvereinbarung abgeschlossen.

Titel der Vereinbarung: „Verstärkte Nutzung der Berliner Wasserstraßen für den kleinteiligen Wirtschaftsverkehr und Erprobung einer effizienten, stadtverträglichen landseitigen Infrastruktur.“ Die Hoheitsrechte an den Berliner Wasserstraßen liegen beim Bund. So weit so unproblematisch. Die Ufer obliegen der Verwaltung der Bezirke. Und so ist die Kooperationsvereinbarung leider nur eine gut gemeinte Absichtserklärung. Das Projekt der DHL, bescheinigt der Senat dem Zusteller, entspricht nicht nur dem **Klimanotlagebeschluss** des Landes Berlin, sondern unterstützt das Land Berlin dabei verstärkte Maßnahmen in Anerkennung der Klimanotlage durchzuführen.

Aber, aus der Vereinbarung **ergeben sich keine verbindlichen Ansprüche an eine Bereitstellung von Flächen für Solarpackstationen**. Auch kann die Genehmigung der Packstationen nicht garantiert werden. **Hier liegt der Kern des Problems**. Das Land Berlin stellt die Klimanotlage fest. Das Land Berlin besteht aus zwölf Bezirken. Bei einigen scheint diese Notlage nicht erkannt worden zu sein, vor allem bei für Umwelt und Verkehr zuständigen grünen Stadträten.

Die neue Route der DHL, auf der morgen offiziell die ersten Pakete ausgeliefert werden, führt durch drei Bezirke, Treptow-Köpenick (zwei Stationen), Friedrichshain-Kreuzberg (keine Stationen) und Lichtenberg (eine Station). Die Bezirke, in denen schon

Stationen stehen, arbeiten daran, weitere zu genehmigen. Mindestens zwölf Stationen wären erforderlich, damit sich der Einsatz rechnet. „Die Strecke ist nicht vollständig.“, schreibt **Philipp Hartmann** in einem Beitrag für die **Berliner Morgenpost**. „Die DHL wartet weiterhin auf die Genehmigung aus Friedrichshain-Kreuzberg. Ausgerechnet, könnte man meinen. Schließlich dürften die Grünen, die in dem Bezirk regieren, ein besonderes Interesse an der emissionsfreien Paketzustellung haben. Beim Presetermin war Friedrichshain-Kreuzberg mit Bürgermeisterin **Clara Herrmann** und Verkehrsstadträtin **Annika Gerold** (beide Grüne) prominent vertreten. Eine konkrete Aussage, wann die DHL auch bis zur Oberbaumbrücke fahren darf, war von ihnen aber nicht zu vernehmen.“, schreibt Hartmann.

Vor zwei Jahren seien, so **Sven Goerke** bei der Jungfernfahrt des zweiten Solarbootes, die ersten Anträge gestellt worden. **Alle wurden vom Bezirksamt Friedrichshain-Kreuzberg abgelehnt**. Goerke leicht verärgert: „Wir sind eher ein Unternehmen, das in Lösungen denkt und nicht in Verboten. Wenn man einen Standort ablehnt, wäre es toll, Alternativen genannt zu bekommen, damit wir einfach schneller vorankommen.“

Unbeeindruckt davon zeugt das auf der Seite der DHL veröffentlichte Statement von Bezirksbürgermeisterin **Clara Herrmann**: „Die neue zweite Solar-schiffroute zeigt, wie innovativ und klimafreundlich urbane Logistik in Berlin und Friedrichshain-Kreuzberg gestaltet werden kann. Indem wir den Pakettransport stärker auf unsere Wasserstraßen verlagern und mit solarbetriebenen Packstationen verknüpfen, werden nicht nur die Straßen im Bezirk entlastet, sondern das Solarschiff leistet auch einen konkreten Beitrag zur Reduktion von Emissionen und zu einer nachhaltigeren, klimafreundlichen Stadt.“

Sagen und Tun klaffen hier deutlich auseinander. Sogar **Kai Wegner** soll sich bei **Clara Herrmann** für Packstationen eingesetzt haben. Bislang erfolglos.

Und hier sind wir an einem entscheidenden Punkt der Verwaltungsreform. Die klimafreundliche Paketzustellung auf den Wasserstraßen liegt im gesamtstädtischen Interesse. **Deshalb muss es dem Senat möglich sein, Projekte wie diese an sich zu ziehen**, wenn die Bezirke nicht in die Gänge kommen. Die DHL hat inzwischen viel Geld in das Projekt investiert. Das zweite Schiff, das früher auf dem Wörthersee Passagiere beförderte, wurde von der **Solarwaterworld AG** für mehr als eine halbe Million Euro umgebaut, berichtet die Morgenpost. Bleibt zu hoffen, dass die DHL nicht irgendwann, von Berlin genervt, aufgibt.

Was noch?

Wir müssen an dieser Stelle auch noch einmal auf die Neubesetzung des Postens des Kultursenators durch **Stefan Evers** zu sprechen kommen. Es geht nicht nur darum, wie die Kulturverwaltung Gelder verteilt, sondern auch darum, wie sie ideell die frei finanzierte Szene durch Aufmerksamkeit fördert. Und dann und wann wäre es auch gut, mal die eine oder andere Rechnung zu übernehmen. Da gäbe es bestimmt Möglichkeiten.

Ist die Kleinkunst dem Senat zu klein? Warum übernimmt der Senat nicht die Miete für das Theater der **Stachelschweine** oder holt sie aus dem Keller in ein oberirdisches Gebäude? Warum übernehmen die **Festspiele Berlin** nicht den seit 22 Jahren erfolgreichen „**Politischen Aschermittwoch**“? Warum muss das weltweit einzigartige Festival „**Young Euro Classic**“ seit 26 Jahren immer wieder um die Finanzierung kämpfen? Warum übernimmt der Senat nicht die Vollfinanzierung, oder wenigstens im Rahmen einer Fehlbedarfsfinanzierung die Differenz zwischen Sponsorenzuwendungen und tatsächlichen Kosten? Ich wiederhole es gern. **Kultur muss in Berlin wieder Chefsache werden. Ohne Kultur ist Berlin nicht mehr als eine Ansammlung von Baustellen.**

Noch was?

Na klar. Das Reformschauspiel, das unsere Regierung veranstaltet, hat keinen Unterhaltungswert. Ich habe alles verfolgt und wenig verstanden, auch die **heute-show** und **extra3** konnten mir nicht weiterhelfen, aber mich wenigstens amüsieren. Da einigt sich die schlimmste Regierung seit der Ampel auf Reformen und der CDU-Generalsekretär **Carsten Linnemann** sitzt bei **Sandra Maischberger** mit heiserer Stimme und traurigem Gesicht, als sei die Welt gerade untergegangen. Politik ist immer auch Psychologie. Linnemann braucht einen Psychotherapeuten.

Bei **Markus Lanz** gings um die Umgangsformen zwischen Merz und Klingbeil, die außerhalb des Kanzleramtes niemand zu interessieren haben. Bei **Maybrit Illner** saßen die Geheimwaffen jeder Talk-Show, **Kevin Kühnert** und **Wolfgang Kubicki**, am Tisch. Gute Gelegenheit für den kommenden FDP-Vorsitzenden noch einmal zu wiederholen, dass er **Friedrich Merz** für einen „**Eierarsch**“ hält. In der **Augsburger Allgemeinen** legt er nach: „**Ich bin kein Fan von Angela Merkel. In einem Punkt aber hat sie wahrscheinlich recht gehabt: Sie hat Friedrich Merz nie für kompetent gehalten.**“

Und **BILD** weiß, dass im Umfeld von **Friedrich Merz** die Sorgen um die Zukunft von Koalition und Kanzler mit jedem Tag weiter anwachsen. Mit einer zweistelligen Anzahl führender Politiker aus der Union und der SPD sowie mit langjährigen Weggefährten des Kanzlers, sprach **BILD**. Keiner möchte namentlich genannt werden. „**Merz lasse sich von Vizekanzler, Finanzminister und SPD-Chef Lars Klingbeil in Verhandlungen über den Tisch ziehen**“, wird geklagt. „**Er gehe mit seiner eigenen Position ins Gespräch und komme mit Klingbeils Position wieder raus.**“ Ahoi!

Das Letzte

Die Freundschaft zwischen **Donald Trump** und **Friedrich Merz** war von kurzer Dauer und hielt genau bis zu dem Punkt, als sich Merz erlaubte, Käpt'n Größenwahn zu kritisieren. Jeder weiß, dass Trump keinen Plan beim Iran-Krieg hatte. Aus Verärgerung will Trump nun über 5.000 Soldaten aus Deutschland abziehen. Da freuen sich Putin und die AfD.

Trump: „**Der deutsche Bundeskanzler sollte mehr Zeit darauf verwenden, den Krieg zwischen Russland und der Ukraine zu beenden (wo er bisher völlig wirkungslos geblieben ist!).**“ Wie dämlich ist denn diese Aussage? War es nicht Mister Großmaul, der den von seinem Kumpel Putin angezettelten Krieg gegen die Ukraine an einem Tag beenden wollte? Wie lange ist das jetzt her? Deutschland hat, inzwischen ohne die Unterstützung der USA, dafür gesorgt, dass die Ukraine nicht untergegangen ist.

Merz solle sich, so Trump, um **sein angeschlagenes Land ... kümmern, und weniger Zeit darauf verwenden, sich in die Angelegenheiten derer einzumischen, die die nukleare Bedrohung durch den Iran beseitigen und damit die Welt, einschließlich Deutschland, zu einem sichereren Ort machen!**“ Auch diese Aussage zeugt von einem erschreckenden Realitätsverlust. Trump hat in einem Schreiben an den Kongress den Iran-Krieg für beendet erklärt. Was hat Trump erreicht und beseitigt? Die nukleare Bedrohung wohl kaum. Er hat lediglich ein paar iranische Schurken in die Luft gesprengt, die sofort durch neue ersetzt wurden. Und wenn die Straße von Hormus wieder geöffnet werden sollte, so ist das auch kein besonderer Erfolg, denn schließlich war sie vor dem Krieg offen. Über 4.000 Menschen sind ums Leben gekommen. Der Nahe Osten wurde ins Chaos gestürzt und ein immenser Schaden angerichtet. Wofür? Die Welt ist heute, am 3. Mai, kein Stück sicherer als vor dem 28. Februar, als der Iran-Krieg begann.

Genießen Sie die KW 19.

Ed Koch